



Rassismus und Antisemitismus konsequent entgegenzutreten

Der Holocaust ist das schlimmste Verbrechen in der Menschheitsgeschichte. Daraus erwächst die Verpflichtung, rassistischem und antisemitischem Gedankengut, jeder menschenverachtenden Haltung und davon motivierter Gewalt konsequent entgegenzutreten“, hatte Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Linksfraktion, anlässlich des Internationalen Gedenktages am 27. Januar erklärt. Dem Tag, an dem 1945 das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau von der Roten Armee befreit wurde. Das Gedenken, die Erinnerung an die Opfer gehöre in unseren Alltag und sei „heute aktueller denn je“.

Die LINKE-Politikerin hatte darauf verwiesen, dass „in einer Zeit, in der zentrales nationalsozialistisches Vokabular wie der Begriff ‚völkisch‘ von der AfD rehabilitiert werden soll und mit Björn Höcke ein Politiker im Thüringer Landtag sitzt, dessen verbale Entgleisungen uns angesichts der Millionen NS-Opfer beschämen sollten“, Gedenktage auch den Zweck haben, „die eigene politische Haltung ganz klar kennzeichnend zu machen. Altem und neuem Hass und Gewalt, Rassismus und Ausgrenzung ist gemeinsam mit allen demokratischen Kräften entschlossen entgegenzutreten“. Die Ideologie der AfD beruhe auf Ausgrenzung und Abwertung. „So finden auch Rassismus und Antisemitismus in ihr eine Heimstatt“.

Höcke vom Gedenken an die Opfer des Holocaust ausgeladen

Die demokratischen Fraktionen im Thüringer Landtag - LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU - hatten mit ihrer Aktion am 25. Januar das Berliner Holocaustmahnmal symbolisch in den Erfurter Plenarsaal geholt (s. Foto oben), um gegen die unsägliche Rede von Björn Höcke am 17. Januar in Dresden einen unmissverständlichen Kontrapunkt zu setzen.

Dies hatte auch Landtagspräsident Christian Carius (CDU) getan mit seinen deutlichen Worten zur Gedenkfeier am 27. Januar im Landtag: „Die Erinnerung an den Holocaust und die fürchterlichen Verbrechen des Nationalsozialismus haben kein Ablaufdatum. Einen Schlussstrich oder eine Wende in unserer Erinnerungskultur kann und darf es nicht geben.“ Nach der Kranzniederlegung in der Gedenkstätte Buchenwald hatte Carius in einer Presseinformation außerdem un-



terstrichen: „Unsere Erinnerungskultur ist Teil der Staatsräson. Wer eine 180-Grad-Wende fordert und sich dafür nicht entschuldigen oder das nicht erklären will, weiß entweder nicht, was er sagt oder sagt nicht, was er will.“ Der Landtagspräsident hatte sich im Nachgang zu Höckes Dresdner Rede mit einem Schreiben an den AfD-Fraktionsvorsitzenden gewandt und diesem nahegelegt, sich zu seiner Forderung nach einer 180-Grad-Wende in der Erinnerungskultur zu erklären und sich bei den geladenen Holocaust-Opfern zu entschuldigen. Nur dann wäre eine Teilnahme Höckes an der Gedenk-

feier im Landtag durch die anwesenden Holocaust-Opfer nicht als Provokation aufgefasst worden. Eine Entschuldigung und Erklärung durch Höcke blieben jedoch aus.

So blieb den Gästen der Gedenkfeier für die Opfer des Nationalsozialismus im Thüringer Landtag, unter ihnen Überlebende der Konzentrationslager Buchenwald und Mittelbau-Dora, die Anwesenheit des Geschichtsrevisionisten und Hetzers am rechten Rand erspart. Ehrengäste waren Eva Puzstai, Bertrand Herz, Günter Pappenheim, Kurt Pappenheim, Heinrich Rotmensch und Pavel Kohn. An der

Veranstaltung hatte auch der Präsident des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora, Dominique Durand, teilgenommen.

Der Buchenwald-Überlebende Günter Pappenheim wurde am 27. Januar in Erfurt durch den französischen Botschafter S.E. Marc Etienne zum Kommandeur im Nationalorden der Ehrenlegion ernannt. Es ist eine der wichtigsten Ehrungen der Republik Frankreich, eine große Wertschätzung für das Engagement gegen Faschismus und Rassismus und Ausdruck der Hochachtung vor bewahrter Menschlichkeit und Solidarität, die auch dem Druck von allgegenwärtigem Terror und grenzenloser Gewalt standhielt. Seit 2001 ist Günter Pappenheim deutscher Vizepräsident im Internationalen Komitee Buchenwald-Dora und Kommandos (IKBD) und seit 2005 Vorsitzender der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora e.V.

Ministerpräsident Bodo Ramelow hatte in seiner Ansprache im Landtag u.a. betont: „Gedenken heißt ganz konkret: Respekt vor der Vielfalt der Menschen haben. Jedes Ressentiment gegenüber Minderheiten – seien es Migranten, Andersgläubige, Homosexuelle oder Obdachlose – ist eine Absage an die universelle Gültigkeit der Menschenrechte. Wer sich zum demokratischen Grundprinzip der Gleichbehandlung bekennt, der verrät nicht die Werte unseres Landes, sondern lebt sie. Natürlich müssen die Bürger das Recht haben, ihren Sorgen und auch ihrer Wut auf Entscheidungen der Politik Ausdruck zu verleihen. Die offene Gesellschaft verträgt eine Vielzahl von Meinungen. Aber sie verträgt keine Aufrufe zu Gewalt und Hass. Sie duldet keine Menschenfeindlichkeit – weder auf der Straße, noch im alltäglichen Miteinander und auch nicht in virtuellen Netzwerken.“



Wie zuvor im Landtag war der AfD-Fraktionsvorsitzende Björn Höcke von der Gedenkveranstaltung am 27. Januar auf dem Appellplatz des früheren KZ Buchenwald ausgeschlossen worden. Die Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora hatte dem AfD-Politiker in einem Schreiben Hausverbot erteilt, „um ein angemessenes Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus zu ermöglichen, ihre Würde zu bewahren und den Stiftungszweck zu erfüllen“. Ort und Zeitpunkt der Gedenkveranstaltung „sind zentrale Bestandteile eines öffentlichen Erinnerens, das Sie am 17. Januar 2017 in Dresden als ‚dämliche Bewältigungspolitik‘, die eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ erfordere, bezeichnet haben“, heißt es in dem Brief.
Fotos: Peter Lahn (o.), Wolfgang Albold

KURZ UND PRÄGNANT

Inklusive Bildung

Zur aktuellen Debatte um inklusive Schulen sagte Torsten Wolf, bildungspolitischer Sprecher der LINKE-Landtagsfraktion: „In keinem anderen Gesetzgebungsverfahren im Bildungsbereich wurden bisher die unterschiedlichen Interessengruppen so frühzeitig eingebunden wie beim neuen Schulgesetz. Dass sich mehrere Verbände zu inklusiver Schule geäußert haben, ist Teil des Diskussionsprozesses, der von Rot-Rot-Grün von Anfang an gewollt wurde. Ein Einbeziehen aller Akteure ist uns wichtig.“ Die Art und Weise mache aber deutlich, dass der Diskussionsprozess zwischen Landesregierung, regierungstragenden Fraktionen und gesellschaftlichen Gruppen intensiv weiter geführt werden müsse. Dabei müsse immer „vom Kind aus gedacht werden“. Bei aller Debatte um inklusive Bildung sollte nicht vergessen werden, dass bereits die Vorgängerregierung vor der Aufgabe stand, die Bedingungen für Inklusion zu schaffen. Seit 2003 gilt in Thüringen der Vorrang gemeinsamer Beschulung. „Nun ist es dringlich, dass wir zu einem modernen, auf die konkreten Verhältnisse und Aufgaben passenden Schulgesetz, kommen“, so Torsten Wolf. ■

Aktenlager Immelborn

In der Landtagssitzung am 26. Januar hatten die Koalitionsfraktionen beantragt, dass der Untersuchungsausschuss „Aktenlager Immelborn“ dem Thüringer Landtag einen Zwischenbericht erstattet. Die CDU hatte diesem Antrag die Zustimmung verweigert und die Debatte stattdessen dafür genutzt, Vorwürfe gegen den Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit zu erheben. Dazu erklärten Madeleine Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Diana Lehmann, SPD, und Rainer Kräuter:

„Die Ausführungen des CDU-Abgeordneten Tischner in der Plenardebatte haben offenkundig werden lassen, dass ein Aufklärungsinteresse nicht besteht und die CDU den Untersuchungsausschuss missbräuchlich dazu verwendet, den Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit in infamer Weise zu diskreditieren. Die von der CDU unter Vorwegnahme der Wertung der erhobenen Beweise in den Raum gestellten Unterstellungen und Angriffe gegen den Landesbeauftragten weisen wir zurück.“ Die Ausschussmitglieder der drei Regierungsfaktionen werden eine auftragsgemäße Erfüllung des Begehrens auf Berichterstattung durch den Landtag gewährleisten. ■

Enquetekommission ist ein Meilenstein

Konzepte und Handlungsoptionen gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit

Der Landtag hat am 26. Januar durch die demokratischen Fraktionen die Einrichtung einer Enquetekommission „Auseinandersetzung mit Rassismus, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung in Thüringen“ beschlossen.

„Damit wurde ein Meilenstein gesetzt, der nicht zuletzt der Arbeit des ersten NSU-Untersuchungsausschusses und dem einstimmigen Beschluss der Empfehlungen durch alle seine Mitglieder zu verdanken ist“, erklärten die Landes- und Fraktionsvorsitzende der LINKEN Susanne Hennig-Wellsow und Sabine Berninger, migrationspolitische Sprecherin. „Die Enquetekommission eröffnet auf Landesebene die Chance einer systematischen und strukturierten Auseinandersetzung mit dem Ziel von Veränderungen in Bereichen der Verwaltung und Behörden.“

Für DIE LINKE ist diese gemeinsame Initiative von Rot-Rot-Grün mit der CDU ein wichtiges Anliegen. „Gerade angesichts erstarkender rechtspopulistischer und neonazistischer Gruppen ist ein gemeinsames Vorgehen der Demokratinnen und Demokraten so bedeutend. Deshalb haben wir uns um einen gemeinsamen Beschlusstext be-

müht“, so Susanne Hennig-Wellsow. „Aufgabe der Kommission wird sein, Ursachen, Erscheinungsformen und Auswirkungen rassistischer Einstellungen sowie gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu analysieren. Zudem sollen Handlungsempfehlungen für zivilgesellschaftliche und institutionelle Konzepte zur Zurückdrängung solcher Einstellungen entwickelt werden“, sagte Sabine Berninger zum Anspruch an die Kommission. „Das Problem heißt Rassismus und die Enquetekommission muss versuchen, präventive Konzepte und Handlungsoptionen zu entwickeln, die dieses Problem eindämmen.“

Ausschuss wurde gemeinsam mit der CDU eingesetzt

„Das ist der uns durch den Untersuchungsausschuss beschriebene Auftrag. Das ist die uns in Verantwortung gegenüber den Opfern des NSU und ihren Angehörigen obliegende Pflicht. Das ist die vor uns liegende Aufgabe“, so betonten die beiden Politikerinnen der Linksfraktion. Sabine Berninger hatte eine persönliche Erklärung abgegeben, da sie in der Debatte nicht mehr die Möglichkeit hatte, zum Antragstext zu sprechen. Sie sagte:

Bereits die Einsetzung der Enquetekommission, gemeinsam durch die im Landtag vertretenen demokratischen Fraktionen, betrachten wir als Meilenstein, den wir dem einstimmigen Beschluss der Empfehlungen durch alle Mitglieder des ersten NSU-Untersuchungsausschusses zum Behördenhandeln und zum Verhalten der Sicherheitsbehörden verdanken.

Es ist uns wichtig, dass wir den Ausschuss mit der CDU gemeinsam einsetzen und im Ausschuss, in der Kommission gemeinsam mit der CDU Ursachen und Erscheinungsformen von Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit untersuchen und zu Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen zur Eindämmung rassistischer Einstellungsmuster und Ideologien der Ungleichwertigkeit kommen. Gerade angesichts erstarkender rechtspopulistischer und neonazistischer Gruppen ist ein gemeinsames Vorgehen der Demokratinnen und Demokraten so wichtig. Deshalb tragen wir den nun vorliegenden Beschlusstext gemeinsam. Danke für den einmütigen Beschluss der demokratischen Fraktionen. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass die Kommission ihrer Aufgabe gerecht wird und uns der Verantwortung zur Eindämmung von Rassismus stellen. ■

Synagogen-Gedenkstätte von widerlicher Nazi-Provokation gereinigt

Unbekannte haben die Gedenktafel der Synagogen-Gedenkstätte in der Eisenacher Karl-Marx-Straße geschändet. Passanten entdeckten am 28. Januar auf der Gedenktafel ein leuchtend blaues Hakenkreuz. Die Wahlkreisabgeordnete der Landtagsfraktion DIE LINKE, Kati Engel, hatte dazu erklärt, sie sehe in der Schändung eine zeitliche Verbindung zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus und sprach von einer „widerlichen Provokation“.

Der 27. Januar ist der Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz durch die Rote Armee 1945. Seit 1996 ist dieser Tag in Deutschland als „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“, ein gesetzlicher Gedenktag. 2005 wurde der 27. Januar durch die Vereinten Nationen sogar zum „Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust“ erklärt.

„Ein Hakenkreuz an einem Ort des Gedenkens an verfolgte und durch Nationalsozialisten getötete Juden ist an sich schon geschmacklos. Aber eine Gedenkstätte am Gedenktag der Holocaust-Opfer zu schänden, entbehrt jeglicher Menschlichkeit!“, so die Landtagsabgeordnete. „Aber ich bin froh, dass es Menschen in Eisenach gibt, die das stört. So waren es wieder einmal

Zwei Stunden hatten die Landtagsabgeordnete Kati Engel und junge Antifaschisten aus Eisenach zu tun, um die Gedenktafel von der Schändung zu reinigen.

Die Eisenacher Synagoge wurde in der Pogromnacht am 9. November 1938 völlig zerstört. Der Sockel des 1947 errichteten Mahnmals wurde aus Steinen der früheren Synagoge erbaut. 1998 wurde eine Tafel zur Erinnerung an die 1942 aus Eisenach nach Belzec und Theresienstadt deportierten 145 Juden angebracht. Nur wenige überlebten den Holocaust.



Passanten, die Anzeige bei der Polizei erstatteten und uns informiert haben“, betonte Kati Engel.

Gemeinsam mit anderen hatte sie unverzüglich am Sonntagvormittag (29. Januar) die Farbe entfernt und erklärt: „Es ist uns eine Herzensangele-

genheit, heute hier zu sein und die Gedenktafel zu reinigen. Wir können die Schändung nicht ungeschehen machen, aber wir können so den Nazis zeigen, dass wir weder ihre Meinung, noch ihre Taten jemals tolerieren werden.“ ■

Antikorruptionsgesetz muss zügig kommen

NACHGEFRAGT bei Knut Korschewsky, Abgeordneter der Fraktion DIE LINKE

Kürzlich veröffentlichte die lobbykritische Organisation Transparency International den „Korruptionswahrnehmungsindex 2016“. Worum handelt es sich dabei?

Der Korruptionswahrnehmungsindex setzt sich aus verschiedenen Expertenbefragungen zusammen und misst die bei Politikern und Beamten wahrgenommene Korruption. In diesem Jahr wurden 176 Länder untersucht. Auf einer Skala von 0 (hohes Maß an wahrgenommener Korruption) bis 100 (keine wahrgenommene Korruption) erreicht Deutschland 81 Punkte und rangiert damit neben Luxemburg und Großbritannien auf dem zehnten Platz. EU-weit ist Deutschland auf Platz fünf des Korruptionswahrnehmungsindex. So nehmen Führungskräfte aus deutschen Unternehmen es als zunehmend normal wahr, dass „irreguläre Zahlungen“ an Verwaltungen gemacht werden, um bestimmte Vorgänge zu beschleunigen oder erst möglich zu machen. „Dringend notwendig sind stringenter Regelungen zur Parteienfinanzierung sowie die Einführung eines legislativen Fußabdrucks und eines verpflichtenden Lobbyregisters“, heißt es bei Transparency.

Und wie ist es in Thüringen?

Die deutsche Auswertung des globalen Korruptionsindex ist leider noch nicht veröffentlicht. Thüringer Medien (TA, OTZ) berichteten jetzt aber, dass die Anzahl strafrechtlich verfolgter Korruptionsfälle im vergangenen Jahr stark angestiegen sei. Wie die Generalstaatsanwaltschaft mitgeteilt habe, seien mehr als 570 Ermittlungsverfahren gegen mindestens 618 Beschuldigte eingeleitet worden. Dagegen seien in den Jahren 2013 bis 2015 jährlich durchschnittlich 75 Verfahren gegen 125 Beschuldigte geführt worden.

Ein modernes Antikorruptionsgesetz muss her, verlangt die LINKE!

Ja. Thüringen braucht möglichst bald ein eigenes, umfassendes und modernes Antikorruptionsgesetz. Die Antikorruptionsarbeit muss auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden - und dies nach den neuesten Prinzipien und Erkenntnissen.



Das ist aber keine neue Forderung der Linksfraktion.

Wir hatten schon in der vergangenen Wahlperiode einen umfassenden Gesetzentwurf für ein Thüringer Antikorruptionsgesetz in den Landtag eingebracht.

Die damaligen Mehrheitsfraktionen waren aber leider nicht bereit, sich auf ein solches sinnvolles und notwendiges Projekt einzulassen. Obwohl die Fakten auch schon in der Vergangenheit deutlich dafür sprachen hat vor allem die CDU-Fraktion die Realitäten ignoriert. Es ist zu hoffen, dass die aktuellen Analysen für Thüringen nun den notwendigen Schub geben, um möglichst schnell zu einem guten Landesantikorruptionsgesetz zu kommen.

Wie ist das weitere Vorgehen in dieser wichtigen Angelegenheit gedacht?

Die LINKE wird ausgehend von ihren inhaltlichen Vorstellungen aus der vergangenen Wahlperiode die Thematik innerhalb der rot-rot-grünen Koalition zu einem vorrangigen Thema machen. Dazu gehören entsprechend den Vorgaben des UN-Abkommens gegen Korruption die Wahl eines Antikorruptionsbeauftragten auf Landesebene als unabhängige Prüf- und Aufklärungsinstanz für den öffentlichen und privaten Bereich und der Ausbau der flächendeckenden Arbeit von Antikorruptionsbeauftragten auf allen behördlichen Ebenen, auch in den Kommunen.

Was gehört noch dazu?

Vor allem auch die intensive Sensibilisierung und Schulung aller Mitarbeiter in öffentlichen Einrichtungen, besonders in korruptionsgefährdeten Bereichen. Damit kann das Entstehen von Korruption, die vor allem struktureller Art ist, von Anfang an unterbunden werden. Auch die Einrichtung von sogenannten „Lobbyregistern“ in verschiedenen Bereichen kann für die notwendige antikorrumpive Transparenz sorgen.

Es ist nicht länger vertretbar, die Antikorruptionsarbeit in Thüringen - so wie es die CDU jahrzehntelang leider gehandhabt hat - auf der rechtlich schwachen Grundlage einer unvollständigen Richtlinie aus dem Jahr 2002 zu betreiben. Der Schutz vor und die wirksame Bekämpfung von Korruption sind notwendig für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in Verwaltung und Wirtschaft. Wirksame Antikorruptionsarbeit ist wichtig für die Stärkung der Demokratie, die von Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Entscheidungsprozesse lebt.

VON A BIS Z:

Hochschulstädte

Mit Beschluss des Thüringer Landtags vom 26. Januar können Gera und Eisenach nun den offiziellen Titel „Hochschulstadt“ führen. Dazu die wissenschaftspolitischen Sprecher von LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Christian Schaft, DIE LINKE: „Im September 2016 ist die ehemalige Berufsakademie Gera-Eisenach auf der Basis des Gesetzentwurfes der Landesregierung zur Dualen Hochschule umgewandelt worden. Dieser wichtigen Entscheidung für unsere Wissenschaftslandschaft hat der Thüringer Landtag nun einen bedeutenden Schritt im Standortmarketing folgen lassen.“

Eleonore Mühlbauer, SPD: „Die Duale Hochschule Gera-Eisenach spielt eine wichtige Rolle für regionale Wertschöpfung und zur Fachkräftesicherung der Thüringer Unternehmen. Die hohe Übernahmequote der Absolventen belegt, dass das duale Studium von den Thüringer Unternehmen sehr geschätzt wird. Ich begrüße, dass sich die zehnte Thüringer Hochschule nun auch in der Bezeichnung von Gera und Eisenach als Hochschulstadt widerspiegelt.“

Madeleine Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: „Bereits das internationale Interesse an der Dualen Hochschule hat gezeigt, dass das duale Studium in Thüringen einen guten Stand hat. Die Errichtung der Dualen Hochschule war und ist ein Herzensanliegen. Der Titel Hochschulstadt ist daher nur eine logische Konsequenz und rundet unsere gemeinsamen Bemühungen ab.“

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten planmäßigen Sitzungen des Thüringer Landtags finden (jeweils mittwochs bis freitags) in der Zeit vom 22. bis 24. Februar und vom 22. bis 24. März statt. Bei Interesse an Teilnahme an einer der Sitzungen bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Linksfraktion melden (Tel. 0361 3772295).

Vorankündigung:

Auch in diesem Jahr ist die Fraktion DIE LINKE, diesmal an einem gemeinsamen Stand mit den Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen, bei der Thüringen Ausstellung auf der Erfurter Messe vom 4. bis 12. März vertreten.

Immer auf dem Laufenden im Internet unter:

www.die-linke-thl.de

Erwerbstätige

Im Jahresdurchschnitt 2016 hatten 1.042.300 Personen einen Arbeitsplatz in Thüringen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erhöhte sich um 7.000 Personen bzw. 0,9 Prozent und blieb damit erneut deutlich hinter dem Zuwachs in Deutschland zurück (1,9 Prozent), so das statistische Landesamt.

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in Thüringen war auch im Jahr 2016 von einem weiteren Rückgang der so genannten marginalen Beschäftigungsfälle gekennzeichnet. So sank die Zahl der geringfügig entlohnten Beschäftigten gegenüber 2015 um circa 1.000 Personen (1,2 Prozent), die Zahl der Ein-Euro-Jobber um circa 900 Personen (27,8 Prozent).

Präsenzpflicht

Kritik am Beschluss des Senates der Universität Erfurt zur Wiedereinführung der Präsenzpflicht hat der LINKE Hochschulpolitiker Christian Schaft geübt: „Gute Lehre und praxisorientierte Umsetzung von Inhalten füllen ganz von allein Seminarräume und Hörsäle. Die Rückkehr zur Zwangsmaßnahme ist ein Eingeständnis mangelnder Didaktik bei einigen der Lehrenden. Dass sich mehr als 70 Prozent der Studierenden gegen die Präsenzpflicht ausgesprochen haben, hat nichts mit vermeintlicher Faulheit zu tun: Studierende wissen heute sehr genau, welche Vorlesung sie wirklich weiterbringt oder wo ihnen die Vorbereitung im Selbststudium viel bessere Ergebnisse ermöglicht.“

Kinderreport

Laut Kinderreport 2017 des Deutschen Kinderhilfswerkes sehen 93 Prozent der Kinder und Jugendlichen (plus 6 Prozent gegenüber 2016) zu niedrige Einkommen der Eltern als wichtigsten Grund für Kinderarmut in Deutschland. Außerdem die zu geringe Unterstützung von Alleinerziehenden, und viele sind der Ansicht, dass sich Politik zu wenig um Kinderarmut kümmert (87 Prozent, plus 3 Prozent). Dass arme Kinder in der Schule zu wenig unterstützt werden, um gute Noten und einen guten Beruf zu bekommen, mahnen 64 Prozent an. Dagegen glaubt nur knapp die Hälfte der Befragten (46 Prozent) an einen zu geringen Zusammenhalt in der Familie als Ursache für Kinderarmut.

KURZ UND PRÄGNANT

Bürgergutachten

Das jetzt an die Landesregierung übergebene Bürgergutachten zur Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform enthält konkrete Vorschläge zur Umsetzung der Reform. Als wichtigste Empfehlung gilt die Förderung von Kindern, Jugend und Familien. Es lag den Bürgergutachtern besonders am Herzen, dass das Leben im ländlichen Raum attraktiv bleibt und der Abwanderung junger Menschen entgegen gewirkt werden kann. Weitere zentrale Empfehlungen sind die Einrichtung von Bürgerservicebüros – möglichst in allen Grundzentren – sowie die Vertretung der einzelnen Ortschaften in der größeren Struktur und die Unterstützung von Vereinen und dem Ehrenamt. Im Hinblick auf den Reformprozess wünschten sich die Beteiligten vor allem Freiwilligkeit, keinen Zeitdruck sowie mehr Information und Kommunikation zur Reform. Innenminister Dr. Holger Poppenhäger dankte den 72 Bürgerinnen und Bürgern für ihr Engagement und ihre konstruktive Mitwirkung an der Umsetzung der Reform. Die Landesregierung wird sich intensiv mit den Empfehlungen aus dem Bürgergutachten auseinandersetzen und diese bei der Fortentwicklung der Strukturen Thüringens berücksichtigen. ■

TALISA-Versammlung

Die TALISA e.V. – die „Thüringer Arbeitsloseninitiative – Soziale Arbeit“ – ist eine Beratungs- und Informationsstelle für Arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohte Menschen im Freistaat. Sie hatte sich am 30. Januar in ihrer Zweigstelle in Erfurt zur Mitgliederversammlung getroffen. Durch das vergangene Geschäftsjahr führte Ingrid Schindler, die Vorsitzende des Vorstands. Unter den Teilnehmenden waren auch die LINKE-Landtagsabgeordneten Karola Stange und Ina Leukefeld, ebenfalls Mitglieder des Hilfevereins. Auf der Tagesordnung standen die Auswertung des Jahres 2016 und die Betrachtung von Herausforderungen und Möglichkeiten in diesem Jahr. Die Vorsitzende lobte das große Engagement der freiwilligen Helferinnen und Helfer, die ehrenamtlich oder für ein kleines Taschengeld die Arbeitslosen beraten, den Langzeitarbeitslosen wieder in die Berufswelt helfen oder sich für die (gesunde) Ernährung von sozial Schwachen stark machen. Neben viel Lob gab es aber auch Kritik, an denen, die bloß das Nötigste tun, und an denen, die der Organisation sogar zu schaden versuchen. Abschließend besprach man noch die anstehenden Projekte und die Arbeiten mit der Tafel. ■

Nils Verwohlt

„Es geht nicht um Arbeit um jeden Preis“

Fast jeder zweite Minijobber bekommt weniger als den gesetzlichen Mindestlohn

Wie die Landesarbeitsagentur mitteilte, waren im Januar rund 79.500 Thüringerinnen und Thüringer arbeitslos gemeldet. Das sind fast 7.900 mehr als im Dezember, aber rund 10.000 weniger als im Januar vorigen Jahres. Die Arbeitslosenquote stieg von 6,3 auf sieben Prozent. Damit liegt Thüringen aber immer noch im Ländervergleich an der ostdeutschen Spitze und vor den westdeutschen Ländern Hamburg, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland.

Mit Blick auf die aktuelle Statistik sagte Ina Leukefeld, Arbeitsmarktpolitikerin der Linksfraktion: „Der leichte Anstieg der Zahl der Erwerbslosen ist typisch für die Wintersaison und kein Grund zur Beunruhigung. Unabhängig davon ist es schade um jede und jeden Erwerbslosen, der im Zwangssystem von Hartz IV landet und dadurch sein Leben nicht frei und selbständig gestalten kann. Das betrifft in Thüringen immerhin 91.081 Bedarfsgemeinschaften mit 162.608 Personen.“

Es ist unbestrittene Tatsache, dass die Forderung, Arbeit zu finanzieren statt Arbeitslosigkeit, richtig ist. Im Zusammenhang mit der Bundestagswahl im September muss der Druck auf die Bundespolitik erhöht werden, den Passiv-Aktiv-Transfer als Instrument der Umwandlung von SGB-II-Leistungen in Löhne für die geförderte Beschäftigung von langzeitarbeitslosen Menschen durchzusetzen. Das ist bisher durch die CDU verhindert worden.“

Vielmehr haben die Arbeitsmarktreformen seit dem Beginn der 2000er Jahre, die Instrumentenreform des Jahres 2012, die so genannte Rechtsvereinfachung des SGB II im vergangenen Jahr und die permanenten Kürzungen

der Mittel der aktiven Arbeitsförderung zu einer Verringerung der Chancen von Langzeitarbeitslosen auf eine Integration in den Arbeitsmarkt geführt.

„Als wichtigste Gegenmaßnahme wird selbst von der Arbeitsagentur der Ausbau der ‚öffentlich geförderten Beschäftigung‘ gefordert. Ich begrüße ausdrücklich das, was Kay Senius als Chef der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen, dazu sagt. Das wiederum darf aber nicht den Ländern allein überlassen werden“, sagte die Abgeordnete.

Angesichts der aktuellen Berichterstattung zur Situation bei Minijobs betonte die LINKE-Arbeitsmarktpolitikerin: „Es geht nicht um Arbeit um jeden Preis! Es ist unerhört, dass zwei Jahre nach Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes noch immer nicht überall gesetzeskonform gezahlt wird.“

Wie eine aktuelle Studie der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung nachweist, erhielten fast die Hälfte der geringfügig Beschäftigten weniger als den zum Zeitpunkt der Studie im Jahr 2015 gesetzlich vorgeschriebenen

Mindestlohn von 8,50 Euro brutto die Stunde für ihre Arbeit. Jeder Fünfte erhielt nicht einmal 5,50 Euro. Der Mindestlohn gilt seit Januar 2015 und wurde inzwischen auf 8,84 Euro erhöht.

Die LINKE ermutigt die Betroffenen, sich nicht mit weniger Geld abspesen zu lassen und den Mindestlohn einzufordern. „Es ist keine Schande, sich dafür auch Hilfe zu holen“, sagte die Landespolitikerin.

Arbeitslosenparlament und Runder Tisch

Zu seinem 40. Plenum ist das Thüringer Arbeitslosenparlament, das von Anfang an durch die Linksfraktion im Thüringer Landtag tatkräftig unterstützt wird, am 7. Februar (nach Redaktionsschluss dieses Parlamentsreports) im Landtag in Erfurt zusammengetreten. Bereits wenige Tage später – am Dienstag, den 14. Februar, 9.30 bis 12.00 Uhr – berät der 138. „Runde Tisch der sozialen Verantwortung für Thüringen“ im Haus der sozialen Dienste am Juri-Gagarin-Ring in Erfurt. ■

Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren!

LINKE unterstützt Forderung nach Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigung.

DIE LINKE.

Ina Leukefeld,
arbeitsmarktpolitische Sprecherin
der Fraktion DIE LINKE.

Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit

„Zur am 3. Februar vom Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport vorgestellten Überarbeitung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit sagte Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag:

„Mit der weiterentwickelten Ausrichtung des Landesprogramms setzt Rot-Rot-Grün gemeinsame Empfehlungen aller Fraktionen aus dem ersten Thüringer NSU-Untersuchungsausschuss der vergangenen Legislaturperiode um und hilft damit noch besser als bisher, Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen wirksam entgegenzutreten.“

Der Thüringen Monitor und andere Studien zeigen seit Jahren, dass auf Ungleichwertigkeit basierende Einstel-

lungen sich in allen gesellschaftlichen Schichten und Milieus finden und dass insbesondere nationalistische und rassistische Positionen weit verbreitet sind. Zahlreiche Angriffe auf Unterkünfte von Geflüchteten in Thüringen, rassistische Gewaltexzesse und Aktivitäten bei Reichsbürgern, Rechtspopulisten und Neonazis zeigen, dass von diesen größte Bedrohungen ausgehen. Insofern ist es nur folgerichtig, dass das Landesprogramm hier klare Schwerpunkte setzt und auch gegen andere Ungleichwertigkeitsvorstellungen Position bezieht“, so betonte die Landtagsabgeordnete.

Erfreulich sei auch die breite Unterstützung im Programmbeirat, bei dem neben Feuerwehrverband und Landessportbund auch etliche zivilgesellschaftliche Akteure eingebunden sind. Katharina König weiter: „Wie wichtig es ist, dass menschenrechtsorientierte

Einstellungen auch künftig in verschiedenen Milieus und Generationen durch Bildungs-, Beratungs- und Präventionsangebote gestärkt werden, zeigt der Fall eines früheren Lehrers aus Hessen, der sich zum führenden (rassistischen) Hassprediger in Thüringen entwickelt hat und mit seinen regelmäßigen Auftritten Abwertungen und soziale Spaltung weiter zu zementieren versucht.“

Auch um solchen Entwicklungen entgegenzuwirken und die Bildung demokratischer Kompetenzen zu unterstützen, wird sich die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag dafür einsetzen, dass dem modernisierten Landesprogramm die benötigte finanzielle Ausstattung zur Verfügung gestellt wird. Damit künftig noch stärker für eine Kultur des Miteinanders und ein weltoffenes Thüringen eingetreten werden kann. ■

DAS THEMA

Auch das zurückliegende Jahr 2016 war für den Petitionsarbeitskreis der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag ein sehr arbeitsreiches. Das verdeutlicht schon die Tatsache, dass insgesamt 1.102 Biten und Beschwerden durch die Bürgerinnen und Bürger beim Petitionsausschuss des Landtages eingereicht wurden.

Anja Müller, Sprecherin für Petitionen und Bürgeranliegen der Linksfraktion, sieht dahingehend eine positive Entwicklung: „Bürgerinnen und Bürger merken, dass sie sich vertrauensvoll an die Mitglieder des Petitionsausschusses wenden können, um ihre Probleme mit Ämtern und Behörden vorzutragen. Der Petitionsausschuss führt in jedem Fall eine individuelle Prüfung durch und versucht, ebenfalls Abhilfe zu schaffen.“

Insgesamt wurden durch den Petitionsausschuss 1.338 Petitionen abschließend behandelt. Allein der Petitionsarbeitskreis der Fraktion hat davon um die 350 Stück bearbeitet, geprüft, abgeschlossen. „Das ist eine hohe Anzahl, gerade wenn man bedenkt, dass wir den Anspruch haben, jeden Einzelfall gewissenhaft zu prüfen und ein themenspezifisches Hintergrundwissen vorweisen zu können. Nicht selten begleiten uns Petitionen über mehrere Ausschüsse hinweg, da sie so vielschichtig sind“, so Anja Müller weiter.

Oft geht es um komplexe Angelegenheiten, die nicht so leicht durchschaubar sind. So vereinbaren die Abgeordneten Vor-Ort-Termine, um sich persönlich ein Bild machen zu können. Die meisten Ortstermine hat Ronald Han-

Schnelle und wirksame Hilfe

Petitionsarbeitskreis bearbeitete 350 Bürgereingaben



de im Jahr 2016 durchgeführt. Der „rasende Ronald“, wie der Abgeordnete in die internen Chroniken eingegangen ist, hat sich die Zeit genommen und Petenten im gesamten Landesgebiet aufgesucht, um sich die jeweiligen Probleme schildern und zeigen lassen.

Im Januar 2017 gab es eine personelle Veränderung im Petitionsausschuss. Ute Lukasch wird nun den Arbeitskreis tatkräftig bei der Bewältigung der hohen Anzahl an Petitionen unterstützen. Auch in diesem Jahr ist das „Bürgerbüro“ der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag besetzt und

steht Bürgerinnen und Bürgern jederzeit mit Rat und Tat für ihre Probleme, Sorgen und Anregungen zur Seite. „Wir wollen weiterhin die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen und versuchen, eine schnelle und qualitativ hochwertige Hilfe den Menschen zur Verfügung zu stellen“, so Anja Müller abschließend.

Das Bürgerbüro der Linksfraktion im Thüringer Landtag ist unter der Telefonnummer 0361 377 2611 erreichbar.

Im Foto (v.l.): Ute Lukasch, Ronald Hande und Anja Müller

Palliativ- und Hospizversorgung in Thüringen

Die regierungstragenden Fraktionen LINKE, SPD und Grüne sowie die CDU-Fraktion haben sich auf einen Antrag zur weiteren Verbesserung der Versorgung von Hospiz- und Palliativpatienten verständigt, der u.a. vorsieht, den Runden Tisch „Hospizarbeit und Palliativmedizin in Thüringen“ weiter zu entwickeln, die Bildung von Palliativteams in den Thüringer Krankenhäusern zu fördern und die ehrenamtliche Unterstützung Angehöriger von Schwerstkranken zu stärken. Die Hospiz- und Palliativversorgung in Thüringen soll einer Bedarfsanalyse unterzogen werden. Die Fraktionen betonten, dass die Begleitung und Versorgung Schwerstkranker und Sterbender sowie deren Angehöriger eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sei, die mit besonderer Sensibilität und unter Wahrung der menschlichen Würde geschehe.

Besonders auch die ambulante Palliativversorgung sowie die bedarfsgezielte Verteilung von Hospizangeboten seien zukünftig wichtig. Das gemeinsame Vorgehen verdeutliche, dass es bei den wichtigen gesellschaftlichen Fragen möglich sei, eine gemeinsame Lösung zu finden.

Tarifeinheitsgesetz schleift Grundrecht

Zur Beschwerde in Sachen Tarifeinheitsgesetz vor dem Bundesverfassungsgericht sagte Rainer Kräuter, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion, der nach Karlsruhe zur Verhandlung gefahren war: „In der Konsequenz kommt die Anwendung des Tarifeinheitsgesetzes einem Gewerkschaftsverbot gleich und stellt sich dem Gewerkschaftspluralismus in Deutschland entgegen.“

Mit einem Frontalangriff auf die Tarifautonomie wurde das Tarifeinheitsgesetz in Kraft gesetzt, das nunmehr vor das Bundesverfassungsgericht getragen wurde. Im Ergebnis der mündlichen Verhandlung am 24. und 25. Januar muss der 1. Senat am Bundesverfassungsgericht über die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes entscheiden. Mehrere Beschwerdeführer haben vorgetragen, dass es eben nicht um eine vordergründige Tarifeinheit geht, sondern vielmehr um die Tatsache, dass Arbeitskampfmaßnahmen kleinerer Gewerkschaften für den Fall beschnitten werden sollen, dass sie sich auf die Durchsetzung eines Tarifvertrages richten, der sich nur auf eine Minderheit der im Betrieb Beschäftigten auswirken würde. In der Anwendung des Gesetzes sollen dann Gerichte diese

Arbeitskampfmaßnahmen für rechtswidrig erklären. Die mit dem Verfahren in massiver berechtigter Kritik stehende Bundesregierung als Initiatorin und die Bundestagsmehrheit, die das Gesetz beschlossen hat, argumentieren, das Gesetz wirke gegen die Entsolidarisierung durch die verschiedensten Beschäftigungsverhältnisse.

Rainer Kräuter zeigte sich „erstaunt, mit welcher Argumentationslinie die Bundesregierung auf das Grundrecht der Koalitionsfreiheit, Artikel 9 Absatz 3 Grundgesetz, als Teil der Vereinigungsfreiheit einwirken will, um Arbeitskampfmaßnahmen kleiner Gewerkschaften zu verhindern. Für mich steht das Grundrecht der Koalitionsfreiheit auf einer selben Stufe, wie die Meinungs-, die Informations-, die Religions- oder die Pressefreiheit. Grundrechte dürfen nicht Verhandlungsmasse sein“.

Elf Verfassungsbeschwerden sind abhängig. Sie kommen nicht nur von Verdi und Beamtenbund, Piloten- wie Flugbegleiter-Gewerkschaft, Vertretern von Ärzten und Journalisten, auch von der Vereinigung deutscher Opernhöre und den Bühnentänzern. Das Urteil ist erst in mehreren Monaten zu erwarten.

KURZ UND PRÄGNANT

Investitions- statt Steuersenkungsoffensive

Bezugnehmend auf Medienberichte zum gescheiterten Pilotprojekt in Steinach, Unternehmensansiedlungen dadurch zu generieren, dass die Gewerbesteuer auf ein Mindestmaß reduziert wird, erklärte Dieter Hausold, wirtschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion:

„Das Beispiel Steinach belegt sehr eindrücklich, dass die steuerlichen Voraussetzungen nur eines unter vielen Kriterien sind, nach denen Unternehmen ihre Ansiedlungspolitik ausrichten. Andere Faktoren, wie etwa Infrastruktur und Fachkräfteangebot, sind viel bedeutender. Auch bei den generellen Debatten in Bund und Land werden oft Steuersenkungen gegen öffentliche Investitionen in Stellung gebracht. Gerade mit Blick auf die guten Jahresabschlüsse etwa des Bundes belegen Fälle wie Steinach, dass wir viel mehr als eine Steuersenkungsdebatte ein Mehr an öffentlichen Investitionen in Bildung, Infrastruktur und in die oftmals unterfinanzierten sozialen Bereiche brauchen. Diese führen direkt zu regionaler Wertschöpfung, sichern und schaffen Arbeitsplätze und stärken auch nachhaltig den ländlichen Raum. Dieser Weg ist der richtige, um unser Land voranzubringen, egal ob auf kommunaler, Landes- oder Bundesebene.“

Finanzausgleich wird modernisiert

Zum Gutachten zum Thüringer Finanzausgleichsgesetz, das Zahlungen des Landes an Städte, Gemeinden und Kreis regelt, erklärte Frank Kuschel, Kommunalpolitiker der Linksfraktion:

„Das Ergebnis des Gutachtens kommt nicht überraschend. Der Finanzausgleich 2016/17 war nur ein erster Schritt hin zu einem neuen bedarfsorientierten Finanzausgleich, der ab 2018 gelten soll. Bei aller Kritik bleibt festzustellen, dass den Kommunen 2016 im Vergleich zu 2014 eine Summe von 374 Millionen Euro mehr zur Verfügung stand. Steigende Steuereinnahmen wurden nicht mit den Landeszuweisungen verrechnet, zudem sind Landeszuweisungen außerhalb des Finanzausgleichs erheblich angestiegen. Das Gutachten belegt darüber hinaus, dass man sich auch mit den kommunalen Strukturen beschäftigen muss. Schließlich werden steigende Landeszuweisungen perspektivisch die Leistungsfähigkeit des Landes überfordern. Ein Ziel der Verwaltungs- und Gebietsreform ist daher, die Kommunen verwaltungsseitig so aufzustellen, dass ihre dauerhafte Leistungsfähigkeit gesichert ist.“

Thüringen-Stand war ein Anziehungspunkt

Hoher Stellenwert der Thüringer Land- und Ernährungswirtschaft auf der Grünen Woche

Gemeinsam mit dem Ausschuss für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landtages besuchten die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE Dr. Johanna-Scheringer-Wright, Ute Lukasch, Dr. Gudrun Lukin und Tilo Kummer die alljährlich im Januar stattfindende Internationale Grüne Woche. Der Thüringen-Stand war nicht nur erfolgreich, sondern Anziehungspunkt für viele Besucher.

Neben den Gesprächen an den Ständen fand eine Anhörung des Ausschusses zu Auswirkungen der europäischen Agrarpolitik auf Thüringer Landwirtschaftsbetriebe, zur Fördermittelvergabe, zur Bedeutung des ökologischen Landbaus, zur Nachwuchssituation und zur Vermarktung Thüringer Produkte statt. Dazu waren der Thüringer Bauernverband, die AG bäuerliche Landwirtschaft e.V., der Verband Ökoherz und der Thüringer Waldbesitzerverband eingeladen. Der Bauernverband dankte der Regierung für die zügige Auszahlung der Soforthilfemittel aus den EU-Programmen und für die Unterstützung in der Milchkrise, dennoch mussten 52 Milcherzeugerbetriebe ihre Produktion einstellen.

Die AG bäuerliche Landwirtschaft unterbreitete Vorschläge zum Umsteuern bei der Vergabe von Fördermitteln und Ökoherz e.V. regte die Förderung von Hofkreisläufen an. Auch die Neu-



regelungen zum Thüringer Qualitätssiegel fanden Zuspruch. Bemerkenswert war, dass Bauernverband, AG bäuerliche Landwirtschaft und Ökoherz den Willen zu einer zukünftig engeren Zusammenarbeit verabredeten, ein Novum. Der Waldbesitzerverband sprach ein massives Problem an: die Regelung der pflichtigen Berufsgenossenschaftsbeiträge nach Hektar. „Diese Vorschläge werden wir intensiv beraten und gemeinsam nach Lösungen suchen!“ - da waren sich abschließend alle Seiten einig.

Am Folgetag standen Besuche bei den Ständen Haflinger Gestüt Meura

und des Vereins „Hohe Schrecke - Alter Wald mit Zukunft“ an. Auch hier gab es Hausaufgaben für die Abgeordneten: die Forderung nach dem Erhalt der Ausbildung zum Pferdewirt in Thüringen, eine verstärkte Werbung für diesen Beruf sowie die Weiterführung des Projekts Hohe Schrecke nach Auslaufen der Bundesförderung. „Alles in allem wurde auf der Grünen Woche der hohe Stellenwert der Thüringer Land- und Ernährungswirtschaft deutlich sichtbar, aber es sind auch noch eine Reihe von Steinen aus dem Weg zu räumen“, so das Fazit der Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE. ■

Naturmonument Thüringer Wald nicht versiegeln

Knut Korschewsky, tourismuspolitischer Sprecher der Linksfraktion, hat die Forderungen der CDU-Landtagsfraktion nach einer verstärkten Asphaltierung im Thüringer Wald entschieden zurückgewiesen:

„Wer den Thüringer Wald mit Teerpfosten verschandeln will, hat kein Verständnis von Natur-



erleben und Ganzjahrestourismus. Eine Vielzahl von Untersuchungen belegt, dass gerade die möglichst unverfälschte Natur, erlebbar nur durch nachhaltigen und sanften Tourismus, die Menschen aus den städtischen Zentren lockt. Es wäre ein klarer Irrweg, für vermeintliche Vorteile in einer Jahreszeit die Bedingungen für attraktive Ganzjahresangebote zu opfern.“

Der Landtagsabgeordnete verwies in diesem Zusammenhang auf die großen Fortschritte im Thüringen-Tourismus und speziell auch bei der Vermarktung des Thüringer Waldes unter der rot-rot-

grünen Koalition: „Wir haben den Thüringer Wald in seiner Gesamtheit und Vielfaltigkeit zur Chefsache erklärt. Das Konzept ‚Zukunft Thüringer Wald‘, unser Masterplan Wanderwegenetz, die Qualitätsoffensive für das Gastgewerbe und natürlich auch die Landestourismuskonzeption 2025 sind bereits angelaufen oder werden noch dieses Jahr fertiggestellt. Vor diesem Hintergrund erscheint der Antrag der CDU als ein verzweifelter Ruf im Walde.“

Dabei bleibt der Vorstoß unausgegrenzt, weil Flächenversiegelung gerade mit Blick auf unser wichtigstes Aktiv-

Moment im Thüringer Wald, das Wandern, äußerst kontraproduktiv wäre. Ein sehr fragwürdiges Signal kurz vor dem Deutschen Wandertag in Eisenach vom 26. bis 31. Juli“, findet der Tourismuspolitiker.

„Schneekanonen ersetzen nicht den notwendigen qualitativen Sprung im Tourismus. Die Zukunft des Thüringer Waldes kann nur in einer erfolgreichen Ganzjahresvermarktung liegen“, erklärte der Landespolitiker. ■

Nebenbei NOTIERT

von Annette Rudolph

Sie haben gewonnen

Zugegeben, ich hab's nicht so mit dem Glücksspiel, getreu dem Spruch, es ist wahrscheinlicher, vom Blitz erschlagen als Lottomillionär zu werden. Trotzdem spielen selbst die rationalsten Freunde unverdrossen Woche für Woche, und ab und an ist ja tatsächlich ein Dreier dabei.

Angespornt werden sie von Meldungen, wie sie dpa dieser Tage verbreitete. Im Jahr 2015 haben vier Thüringer jeweils mehr als eine Million Euro gewonnen. Einer von ihnen knackte zusammen mit Spielern aus Spanien und Litauen einen Eurojackpot. Ihm wurden nach Angaben der Thüringer Lotto-Gesellschaft rund 7,6 Millionen Euro überwiesen. Im gleichen Jahr erhöhte sich der Umsatz von Thüringer Lotto um vier Prozent auf mehr als 160,5 Millionen Euro.

Doch all die immer wieder verlierenden Spielerinnen und Spieler seien versichert, gewonnen haben sie trotzdem. Nämlich es ist so, und das wissen sie sicherlich auch, die Überschüsse aus der Staatslotterie werden guten Zwecken zur Verfügung gestellt. Über die Thüringer Staatskanzlei und die Ministerien können Zuwendungen aus diesen Lottomitteln von Vereinen aus den Bereichen Bildung, Soziales, Sport oder auch Umwelt beantragt werden.

Dass dabei die öffentlichkeitswirksame Übergabe von Lottomitteln gelegentlich auch Landtagsabgeordnete, gerne auch von der CDU-Fraktion, übernehmen, sei nebenbei notiert. Ein Schelm, wer Arges dabei denkt und gar von Wahlkreisschmieregeldern spricht. Das Problem haben jedenfalls die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE nicht. Sie übergeben auch Schecks für gemeinnützige Zwecke. Diese stammen aber aus der Alternative 54, ihrem eigenen Verein, in den sie ihre Diäten-Erhöhungen einzahlen. So geht's auch und ist kein Glücksspiel, wenngleich durchaus Glücksgefühle im Spiele ist. ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.)

Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2321

E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de

Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.